



Institut für Jüdische Studien der Universität Basel

Schweizer Judentum im Wandel

Religionswandel und gesellschaftspolitische Orientierungen der
Juden in der Schweiz

Schlussbericht

Ein Projekt im Rahmen des Nationalen Forschungsprogramms
„Relionsgemeinschaften, Staat und Gesellschaft“ (NFP 58)

mit Unterstützung der René und Susanne Braginsky-Stiftung
und der Stiftung Jüdische Zeitgeschichte an der ETH Zürich

Basel, den 28. Juni 2010

Projektleitung:

Dr. Daniel Gerson

Projektmitarbeitende:

Sabina Bossert, lic. phil.

Madeleine Dreyfus, lic. phil.

Leonardo Leupin, lic. phil.

Valérie Rhein, lic. phil.

Isabel Schlerkman, B. A.

Konzeption und Durchführung

Das interdisziplinäre Forschungsprojekt ging davon aus, dass das religiöse Leben der Jüdinnen und Juden in der Schweiz im Kontext gesellschaftlicher Veränderungen seit den 60er Jahren des 20. Jahrhunderts einem verstärkten individuellen und kollektiven Wandlungsprozess unterworfen ist.

Dabei wurden die Auswirkungen der Integration der jüdischen Minderheit und die aktuelle Bedeutung von Antisemitismus erfasst. Die Position der jüdischen Religionsgemeinden als Teil der Schweizer Gesellschaft wurde auch im Hinblick auf eine partiell erfolgte öffentlich-rechtliche Anerkennung sowie auf das Interesse der Öffentlichkeit am Judentum hin untersucht.

Gesamtgesellschaftliche Phänomene wie Individualisierung und Säkularisierung sind als wesentliche Faktoren vorausgesetzt und in die Analyse miteinbezogen worden.

Die Untersuchung konzentrierte sich auf Polarisierungs- und Pluralisierungsprozesse in den grössten schweizerisch-jüdischen Gemeinschaften von Basel, Genf und Zürich, wo heute rund 70% der ca. 18'000 statistisch erfassten Jüdinnen und Juden leben. Die Auswirkungen von Mischehen (ca. 50%) wurde für jüngste Entwicklungen des Schweizer Judentums als zentral erachtet: Sie schwächen die traditionellen Einheitsgemeinden, die durch die soziale und religiöse Ausgrenzung von Mischehenfamilien an Bedeutung verlieren und führen zur Bildung neuer Gemeinschaften, die beim Umgang mit nichtjüdischen Familienangehörigen integrative Ansätze vertreten.

Anhand von Kontroversen um die Gleichstellung von Frauen im religiösen Leben und den Umgang mit Homosexualität können Konfliktlinien zwischen den Ansprüchen einer modernen, rechtlich egalitären Gesellschaft und den jahrhundertealten Bestimmungen des Religionsgesetzes aufgezeigt werden. Die Vermittlung von Religion an Jugendliche wurde gesamtschweizerisch erfasst. Zudem wurden die Auswirkungen der Auswanderung nach Israel auf das jüdische Selbstverständnis analysiert.

Mit dem Blick auf jüdische Gemeinschaften in Deutschland (Berlin) und Schweden (Stockholm) konnte das Schweizer Judentum in den Kontext der europäischen Diaspora zu Beginn des 21. Jahrhunderts gestellt werden.

Als Grundlage unserer Forschung dienten schriftliche Quellen und Interviews.

Folgende Mitarbeitende konnten für die Erforschung spezifischer Aspekte gewonnen werden:

Sabina Bossert: Hummus und Chuchichäschtli. Empirische Sozialforschung zur Auswanderung von Schweizer Jüdinnen und Juden nach Israel (Lizentiatsarbeit; Ausbau zur Dissertation, Historikerin).

Madeleine Dreyfus: Mischehe oder Übertritt: individuelle Strategien im gesellschaftlichen Kontext (Forschungsarbeit im Rahmen des NFP 58; Ausbau zur Dissertation, Psychoanalytikerin und Kulturwissenschaftlerin).

Leonardo Leupin: Identität durch Wissen? Möglichkeiten und Grenzen des religiösen Bildungsangebotes für jüdische Jugendliche in der Schweiz (Forschungsarbeit im Rahmen des NFP 58, Historiker).

Valérie Rhein: Konservativer als die Halacha? Die Frau im Judentum und die Bat-Mizwa in Deutschschweizer Einheitsgemeinden (Forschungsarbeit im Rahmen des NFP 58, Judaistin).

Isabel Schlerkmann: Jewish Space in der Schweiz. Judentum im Curriculum Schweizer Bildungseinrichtungen (Bachelorarbeit am Institut für Jüdische Studien, Kulturwissenschaftlerin).

Die Publikation eines Sammelbandes (Arbeitstitel: „*Konfliktuelle Vielfalt: Optionen in der schweizerisch-jüdischen Gegenwart*“), der auf den Forschungsergebnissen NFP 58 Projektes „Schweizer Judentum im Wandel“ beruhen wird, ist in Zusammenarbeit mit Prof. Dr. Jacques Picard in der Schriftenreihe «Beiträge zur Geschichte und Kultur der Juden in der Schweiz» des Schweizerischen Israelitischen Gemeindebundes im Chronos-Verlag Zürich geplant.

Forschungsergebnisse

Die Forschungsergebnisse werden durch Kästchen als *Lead* vorgestellt und anschliessend erläutert.

Vorbemerkung zu den religiösen Strömungen im Judentum

Folgende religiöse Strömungen sind im Schweizer Kontext von Bedeutung:

Orthodox: Dieser Richtung fühlen sich die meisten Einheitsgemeinden im Schweizerischen Israelitischen Gemeindebund (SIG) verpflichtet; darunter die beiden grössten jüdischen Gemeinden der Schweiz die Israelitische Cultusgemeinde Zürich (ICZ) sowie die Communauté Israélite de Genève (CIG). Diese Gemeinden verfügen über ein orthodoxes Rabbinat, das einer mehrheitlich nicht-orthodoxen Gemeinschaft vorsteht.

Ultraorthodox / Charedisch: Neben den Züricher SIG-Gemeinden Israelitische Religionsgesellschaft (IRG) und Agudas Achim sind die Israelitische Religionsgesellschaft Basel, die Jüdische Gemeinde Luzern und die Comunità Israelita Lugano diesem Spektrum zuzurechnen. In diesen Gemeinden hat des Rabbinat bestimmenden Einfluss auf die Lebensführung (Speisegesetze, Schabbatruhe) des Einzelnen. Mischehen werden nicht geduldet.

Liberal / Reform: Zur ihr gehören die Communauté Israélite Libérale (GIL) in Genf und die Jüdisch Liberale Gemeinde Or Chadasch (JLG). Diese sind auch mit der „World Union for Progressive Judaism“, dem weltweit grössten Dachverband jüdischer Gemeinden, verbunden. Aufgrund von Widerstand der ultraorthodoxen SIG-Gemeinden wurden GIL und JLG bis anhin nicht in den SIG aufgenommen. Sie bilden seit 2004 die „Plattform der liberalen Juden in der Schweiz“.

Conservative / Masorti: Das „conservative“ Judentum ist eine gemässigt reformjüdische Bewegung, die primär in den USA zahlreiche Gemeinden vertritt. Ausserhalb der USA nennt sich diese Glaubensrichtung „Masorti“. In der Schweiz stehen ihr die Jüdische Gemeinde Bern, die Jüdische Gemeinde St. Gallen sowie die Basler Gruppierung Ofek nahe.

Jewish Renewal: Die amerikanische Jewish Renewal-Bewegung will Jüdinnen und Juden zur Bildung selbst bestimmter Gemeinschaften (Chawurot) anleiten. Einzelne Chawurot bildeten sich seit den 80er Jahren u.a. in Basel und Bern.

Chabad Lubawitsch: Die Chabadbewegung stellt eine innerjüdische Missionsbewegung dar, die säkulare Juden zu umfassender Religionspraxis bewegen will. Chabad-Zentren befinden sich u.a. in Basel, Genf, Lugano und Zürich.

Der Anteil der verschiedenen Strömungen an der jüdischen Bevölkerung der Schweiz (Volkszählung 2000: knapp 18'000 Personen) ist nur annähernd erfassbar: In den Einheitsgemeinden verstehen sich viele Mitglieder als „traditionell“. Doch werden die Speisegesetze (Kaschrut) und die Schabbatruhe nur von einer kleinen Minderheit eingehalten. Jeweils rund 20% der Schweizer Juden und Jüdinnen sind in liberal-religiösen bzw. charedischen Gemeinden organisiert.

Die Gemeinden innerhalb des SIG umfassen rund 13'000 Mitglieder. Davon haben nur drei Gemeinden mehr als 1000 Mitglieder (Israelitische Gemeinde Basel, CIG, ICZ). Mehrere Gemeinden verfügen über weniger als 100 Mitglieder. Ungefähr 3000 Personen gehören zu Gemeinden ausserhalb des SIG. Es ist davon auszugehen, dass mehrere Tausend Jüdinnen und Juden nicht statistisch erfasst sind. Die jüdische Bevölkerung in der Schweiz ist seit den 70er Jahren (ca. 21'000 Personen) rückläufig. Ca. 75% besitzen heute einen Schweizer Pass.¹

Eine unterschiedliche geographische Herkunft verbunden mit spezifischen religiösen und kulturellen Traditionen (aschkenasisch für West- und Osteuropa sowie sefardisch für den Mittelmeerraum) bedingt nicht mehr die Bildung eigenständiger „landsmannschaftlicher“ Gemeinden. Sefardische Juden aus Nordafrika und dem Nahen Osten, die mehrheitlich zwischen 1950 und 1970 in die Schweiz kamen, versammeln sich in Genf jedoch weiterhin zu Betgemeinschaften, in denen der Ritus ihrer Herkunftsländer befolgt wird.

¹Ralph Weill, Strukturelle Veränderungen der Schweizer Judenheit, in: Jüdische Lebenswelt Schweiz, 100 Jahre Schweizerischer Israelitischer Gemeindebund, Zürich 2004, S. 120-129.

Integration und Akkulturation

Die jüdische Minderheit ist heute nach einer langen Periode formeller und informeller Ausgrenzung sozial und wirtschaftlich integriert. Bedrohung und Diskriminierung durch Staat und Gesellschaft sind seit den 60er Jahren unbedeutend geworden. Der Schweizerische Israelitische Gemeindebund (SIG) konnte sich in diesen Zeitraum als anerkannter Interessensvertreter gegenüber Behörden und Mehrheitsgesellschaft etablieren.

Bis Ende der 50er Jahre galten Juden und Jüdinnen ausländischer Herkunft offiziell als schwer assimilierbare Fremde. Einzig alteingesessenen Familien wurde die Fähigkeit, sich in die Schweiz zu integrieren, zugestanden. Vor dem Hintergrund eines stark antisemitisch geprägten Überfremdungsdiskurses versuchten die Behörden seit dem Ersten Weltkrieg eine namhafte Zunahme der jüdischen Bevölkerung in der Schweiz durch diskriminierende Massnahmen zu verhindern (Numerus Clausus bei Einbürgerungen, restriktive Flüchtlingspolitik während der Zeit des Nationalsozialismus, Zwang zur Weiterwanderung für Holocaustüberlebende nach 1945).²

In den späten 50er und den frühen 60er Jahren führten Auseinandersetzungen (Flüchtlingspolitik, „herrenlose Vermögen“) zwischen dem Bundesrat und Vertretern des SIG zu anfänglich konfliktreichen Begegnungen, die die wechselseitige Wahrnehmung jedoch längerfristig positiv beeinflussten. Die Regierung akzeptierte die jüdische Minderheit zunehmend als integralen Teil der Schweizer Bevölkerung und jüdischerseits wurden die Behörden nicht mehr als potenzielle Gegner („Überfremdungsdiskurs“), sondern als Partner der Gemeinschaft angesehen.

Symbolische Gesten von Seiten der Regierung wie bspw. das Angebot an den SIG, die Gemeinschaft 1964 an der Landesausstellung von Lausanne zu präsentieren und eine Rede von Bundesrat Gnägi anlässlich der Veranstaltungen des SIG zur 100 Jahr-Feier der Emanzipation von 1966 brachten das neue konstruktive Verhältnis zwischen der offiziellen Schweiz und dem SIG zum Ausdruck.³

Parallel zur Anerkennung des SIG als offiziellen Vertreter der jüdischen Gemeinschaft schwanden auch informelle Schranken für jüdische Schweizerinnen und Schweizer in fast allen gesellschaftlichen Bereichen. Die Wahl von Ruth Dreifuss zur Bundesrätin 1993 symbolisiert für viele Jüdinnen und Juden diesen erfolgreichen Integrationsprozess der vergangenen 50 Jahre.

Status der Gemeinden / Öffentlich-rechtliche Anerkennung

Die meisten jüdischen Gemeinden sind bis heute privat-rechtliche Vereine. Gemeinden mit öffentlich-rechtlicher Anerkennung interpretieren dies als Prestigegewinn und als Zeichen der Akzeptanz der Gemeinschaft als „Landeskirche“. Konflikte zwischen dem jüdischen Religionsgesetz und den Anforderungen der öffentlich-rechtlichen Anerkennung sind bspw. im Bereich der Gleichberechtigung der Geschlechter möglich.

²Zur Wirksamkeit einer antisemitischen Bevölkerungspolitik bis in die späten 50er Jahre, siehe: Daniel Gerson, „...die Grundsätze der Menschlichkeit für alle Flüchtlinge Wirklichkeit werden lassen“: Der "Fall Haroun"; Juden aus Ägypten als Prüfstein der schweizerischen Flüchtlingspolitik in der Nachkriegszeit. In: Helena Kanyar Becker (Hrsg.): Verdrängung, Verklärung, Verantwortung. Schweizerische Flüchtlingspolitik in der Kriegs- und Nachkriegszeit, 1940-2007, Basel und Zürich 2007, S. 99-107.

³Siehe Archiv des SIG, im Archiv für Zeitgeschichte (AfZ): AfZ: IB SIG-Archiv 1.7. Tätigkeits- und Jahresberichte, 1958-1970.

Seit den 70er Jahren wurden in einzelnen Kantonen jüdische Gemeinden öffentlich-rechtlich anerkannt (Basel-Stadt, Bern, St. Gallen, Zürich). Diese Annäherung an den Status einer „Landeskirche“ sehen die Vertreter dieser Gemeinden primär als wichtige politische Errungenschaft, die die Verankerung der jüdischen Minderheit in der Schweizer Gesellschaft festschreibt.

Für ultraorthodoxe Gemeinschaften ist die öffentlich-rechtliche Anerkennung jedoch nicht erstrebenswert, da sie damit Teile ihrer inneren Autonomie verlieren würden. Da in solchen Gemeinden Frauen generell von Abstimmungen ausgeschlossen bleiben und keine öffentlichen Funktionen übernehmen können, sind deren Statuten nicht mit einer öffentlich-rechtlichen Anerkennung vereinbar. Im Kanton Zürich bspw. verfügen nur die Israelitische Cultusgemeinde (ICZ) sowie die Jüdisch Liberale Gemeinde Or Chadash (JLG) über eine öffentlich-rechtliche Anerkennung, während die Israelitische Religionsgesellschaft sowie die Gemeinde Agudas Achim von dieser Möglichkeit keinen Gebrauch machen.

Die jüdische Gemeinschaft von Genf wiederum sieht sich durch die kantonal statuierte radikale Trennung von Kirche und Staat, die auch die Bildung privater, konfessioneller Friedhöfe untersagt, vor gravierende Probleme gestellt. Verhandlungen zwischen den jüdischen Gemeinden und dem Kanton über die Schaffung eines neuen, jüdischen Begräbnisplatzes sind bis anhin gescheitert.⁴

Antisemitismus

Offener Antisemitismus ist in der Schweiz gesellschaftlich und politisch diskreditiert. Judenfeindliche Einstellungen sind aber nicht verschwunden. Jüdische Perspektiven bezüglich der Flüchtlingspolitik im Zweiten Weltkrieg und im Nahostkonflikt stossen sowohl in der Öffentlichkeit (Medien, Politik) als auch im privaten Bereich häufig auf Unverständnis. Besonders die radikale Kritik an Israel von Seiten links-grüner Politiker wird jüdischerseits als von Vorurteilen inspiriert wahrgenommen. Ausländerfeindliche Kampagnen rechts-populistischer Kreise werden von vielen Juden ebenfalls als potentiell antisemitisch rezipiert. In der Debatte um den Ort des Islams in der Schweizer Gesellschaft werden die Grenzen der Akzeptanz des Judentums als Teil des helvetischen Selbstverständnisses sichtbar (Forderung nach dem Verbot jüdischer Friedhöfe und einer Beschneidung der Knaben nach Annahme der Minarettverbotsinitiative). Das Schächtverbot wird auch von nicht praktizierenden Jüdinnen und Juden als andauernd antisemitisch motivierte Einschränkung der Glaubensfreiheit betrachtet.

Mit direkten Diskriminierungen sind Jüdinnen und Jüdinnen in der Schweiz heute kaum mehr konfrontiert. Antisemitische Einstellungen werden meistens nicht mehr öffentlich geäußert. Bei politischen Debatten (Flüchtlingspolitik, Zweiter Weltkrieg, Nahostkonflikt) ruft der Anspruch auf eine spezifisch jüdische Perspektive jedoch nicht selten Unverständnis und Aggression hervor.⁵

Im Bezug auf die politischen Parteien werden die radikale Israelkritik der „Grünen“ Nationalräte Geri Müller und Daniel Vischer häufig als antisemitisch motiviert wahrgenommen. Gegenüber der SVP

⁴Interview mit Sabine Simkhovitch-Dreyfus, SIG-Geschäftsleitung, Genf (20.8.2008).

⁵siehe dazu: Thomas Maissen, Verdrängte Erinnerung, Nachrichtenlose Vermögen und Schweizer Weltkriegsdebatte 1989-2004, Zürich 2005.
Schweizer Judentum im Wandel

bestehen verbreitet Vorbehalte, da diese Partei das Antirassismugesetz bekämpft, mit rassistischen Vorurteilen operiert und sich nicht klar gegen rechtsextreme Kreise abgrenzt.⁶

Ambivalente Einstellungen gegenüber dem Judentum sind im politischen Diskurs auch von Vertretern der „Mitte“-Parteien im Kontext der Diskussion um den Platz des Islams in der schweizerischen Gesellschaft erkennbar. Einerseits wird gerade von der CVP gerne auf das „christlich-jüdische Erbe der Aufklärung und der Toleranz“ verwiesen, dem sich Muslime anzupassen hätten. Andererseits sind Politiker bereit, das Judentum wie den Islam mit Forderungen nach einem Verbot jüdischer Friedhöfe sowie der Beschneidung der neugeborenen jüdischen Knaben auszugrenzen. Sie lassen damit erkennen, dass das Judentum 150 Jahre nach der Emanzipation nicht selbstverständlich ein Teil der Schweizer Kultur geworden ist, sondern leicht in einen Diskurs über „Eigenes“ und „Fremdes“ einbezogen werden kann.⁷ Das 1893 eingeführte Schächtverbot ist für die jüdische Gemeinschaft bis heute ein Symbol der fehlenden Toleranz gegenüber ihren religiösen Traditionen.

Der Umstand, dass die Debatten um die Berechtigung jüdischer Friedhöfe und die Beschneidung rasch beendet werden konnten, belegt auch, dass Protest von Seiten der jüdischen Gemeinschaft, solche Vorstösse erfolgreich als diskriminierend und somit antisemitisch diskreditieren kann.⁸

Jüdische Studien / Jewish Space⁹

Bis heute bleibt das Interesse am Judentum in der Schweiz marginal. Jüdische Themen fanden in der Schweiz zunächst über das universitäre Lehrangebot der theologischen Fakultäten den Weg an die Öffentlichkeit. Die Initiative deutscher Professoren, denen in der Auseinandersetzung mit dem Holocaust die Bedeutung des Judentums für die europäische Kultur deutlich wurde, war wesentlich für die Etablierung jüdischer Studien in der Schweiz verantwortlich. In diesem Bemühen wurden sie von der jüdischen Gemeinschaft ideell und materiell unterstützt. Eine staatliche Finanzierung jüdischer Studien ist bis heute nur ausnahmsweise gegeben. Parallel dazu öffneten sich in den 80er Jahren jüdische Gemeinden mit kulturellen Veranstaltungen auch einem nichtjüdischen Publikum. Die Region Baden hat sich durch verschiedene kulturelle Initiativen ihr historisch jüdisches Erbe wieder angeeignet und mit dem „Jüdischen Kulturweg Endingen-Lengnau“ 2009 einen permanenten Jewish Space entstehen lassen.

Bis in die jüngste Vergangenheit war die Auseinandersetzung mit dem Judentum in der Schweiz stark akademisch geprägt. Neben Theologen (Ekkehard Stegemann, Klemens Thoma) setzten sich seit den 80er Jahren aus Deutschland stammende Historiker (Heiko Haumann, Erik Petry), die die Bedeutung der jüdischen Minderheit für Geschichte und Kultur der europäischen Gesellschaften in der Auseinandersetzung mit dem Holocaust erkannt hatten, für eine Verankerung jüdischer Studien in Basel und Luzern ein. Die feste Etablierung an Schweizer Universitäten war jedoch meistens nur dank

⁶ Die Nähe links-grüner „Israelkritik“ zu rechts-extremem antisemitischen Positionen wurde in einem Interview deutlich, dass die beiden Nationalräte Müller und Vischer Journalisten der Bewegung „wearechange“, die von einer jüdischen Weltverschwörung ausgeht, am 23. Januar 2010 anlässlich der „Free Gaza Demonstration“ in Zürich gaben; www.tagesanzeiger.ch/schweiz/standard/Die-Nationalraete-Vischer-und-Mueller-bei-den-Verschwoerern/story/17277238.

⁷ www.tagesanzeiger.ch/schweiz/standard/Nach-dem-MinarettVerbot-Darbellay-auf-Kreuzzug/story/28122419.

⁸ www.swissjews.ch/pdf/de/medien/sig_inderpresse/juedische_friedhoefe/sbli_20091213_0_0_a19.pdf.

⁹ siehe dazu: Ruth Ellen Gruber, *Virtually Jewish. Reinventing Jewish Culture in Europe*, Berkeley 2002. Schweizer Judentum im Wandel

des finanziellen Engagements der jüdischen Gemeinschaft möglich. Staatliche Mittel flossen bis anhin nur spärlich.¹⁰

In den 70er und 80er Jahren hatten die christlich-jüdischen Arbeitsgemeinschaften und auch die Gesellschaft Schweiz-Israel eine grössere Bedeutung für die Thematisierung des Judentums in der Mehrheitsgesellschaft. Für die jüngere Generation sind diese Organisationen jedoch kaum noch von Interesse.¹¹

Im Zuge der gesellschaftlichen Integration begannen manche Gemeinden seit den 80er Jahren vermehrt Veranstaltungen anzubieten (bspw. „Colleges“ der Israelitische Cultusgemeinde Zürich und der Jüdischen Gemeinde Bern), an denen auch ein nichtjüdisches Publikum willkommen ist.

Der 1999 geschaffene „Europäische Tag der Jüdischen Kultur“ wird in der Schweiz für vielfältige kulturelle Aktivitäten genutzt. Judentum als Teil der Schweizer Kultur erscheinen zu lassen, ist auch das Ziel der „Jüdischen Kulturwoche“ in der Region Baden. Die im 17. Jahrhundert gegründeten jüdischen Gemeinden von Endingen und Lengnau sind die ältesten Gemeinschaften der Schweiz. Dieses historische und kulturelle Erbe wird seit wenigen Jahren lokal und regional sowohl von jüdischer als auch von nichtjüdischer Seite intensiver gepflegt.

Im April 2009 wurde in Anwesenheit von Alt-Bundesrätin Ruth Dreifuss der „Jüdische Kulturweg Endingen-Lengnau“ eröffnet. Damit sind die beiden Dörfer zu einem permanenten *Jewish Space* geworden, wo die Erinnerung an die jüdische Gemeinschaft durch Informationsstelen im öffentlichen Raum vor den erhaltenen Gebäuden (Synagoge, Friedhof, Mazzebackerei, Wohnhäuser) umfassend dokumentiert und allgemein zugänglich gemacht wird.¹²

Säkularisierung und Individualisierung

Seit dem 19. Jahrhundert haben sich Juden und Jüdinnen in der Schweiz an die christlich geprägte Mehrheitsgesellschaft akkulturiert. Bis in die Mitte des 20. Jahrhunderts blieb jedoch eine starke Gruppenkohärenz erhalten. Auf das Judentum als Gemeinschaft, die massgeblich auf eng miteinander verwobenen religiösen und ethnischen Elementen beruht, haben sich die seit den 60er Jahren verstärkt fortschreitende Säkularisierung und Individualisierung spürbar ausgewirkt: Das religiös-jüdische Selbstverständnis und der ethnisch-kulturelle Zusammenhalt wurden geschwächt.

Der Eintritt des Judentums in die bürgerlichen Gesellschaften der europäischen Nationen des 19. und 20. Jahrhunderts war für die meisten Jüdinnen und Juden mit einer raschen Akkulturation an die Mehrheitsgesellschaft verbunden. Innert weniger Generationen wurde aus einer durch eine Vielzahl religiöser Gesetze (u.a. Speisegesetze, Schabbatruhe) geformten und abgesonderten Minderheit, eine in ihrem äusserlichen Habitus kaum noch von der Mehrheitsgesellschaft unterscheidbare Gruppierung, die mit repräsentativen Synagogenbauten ihre Stellung als Teil der bürgerlichen Gesellschaft bezeugte.¹³

¹⁰Isabel Schlerkmann befragte in ihrer Forschung auch Zeitzeugen.

¹¹Gesellschaft Schweiz-Israel (Hrsg.), Dialog, Verständnis, Freundschaft. 50 Jahre Gesellschaft Schweiz-Israel, Zürich 2007.

¹²www.juedischerkulturweg.ch.

¹³Ron Epstein, Die Synagogen der Schweiz, Zürich 2008. Schweizer Judentum im Wandel

Die Gruppenkohärenz blieb bis in die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts gewahrt, da trotz Säkularisierung die Loyalität gegenüber der Gemeinschaft und Teile der Religionspraxis (u.a. Freitagabendessen, Sederabend an Pessach, Synagogenbesuch am jüdischen Neujahr und am Versöhnungstag) fortbestanden. Überdies blieb die gleiche ethnisch-kulturelle Herkunft für viele Juden und Jüdinnen auch nach einer weitgehenden Aufgabe der religiösen Praxis gerade bei der Partnerwahl ausschlaggebend.¹⁴

Im Jahrhundert zwischen der Emanzipation von 1866/74 und dem gesellschaftlichen Wandel der 1960er Jahre bildete sich eine Gemeinschaft, welche die religiösen Gesetze und Traditionen noch weitgehend kannte, diesen aber mehrheitlich immer weniger Bedeutung in ihren Alltag beimass. Prägend blieb jedoch bis in die Mitte des 20. Jahrhunderts die Erfahrung der gesellschaftlichen Ausgrenzung und der politischen Verfolgung, die einen Ausbruch aus dem jüdischen Umfeld häufig als wenig erstrebenswert und schwierig erscheinen liess.¹⁵

Die Generation der jüdischen Frauen und Männer in der Schweiz, die nach 1945 sozialisiert wurde, unterschied sich in einigen Punkten deutlich von ihren Eltern und Grosseltern: Antisemitismus und existentielle Bedrohung gehörten nicht mehr zu den zentralen Erfahrungen. Ausserdem profitierten sie, wie die gleichaltrigen Nichtjuden, von stets grösser werdenden persönlichen Freiräumen. Das Universitätsstudium ermöglichte immer mehr Jüdinnen und Juden vielschichtige Erfahrungen mit der nichtjüdischen Gesellschaft und eröffnete ihnen neue individuelle Lebensperspektiven.

Für die jungen schweizerisch-jüdischen Erwachsenen der 60er und 70er Jahre hatte ein Ausbruch aus dem angestammten sozialen Umfeld der Gemeinschaft jedoch grössere Konsequenzen als für gleichaltrige Nichtjuden: Wenn sie sich aus den Gemeinden zurückzogen und Ehen mit Nichtjuden eingingen, gefährdeten sie immer auch die Kontinuität des Judentums.¹⁶

Polarisierungs- und Pluralisierungstendenzen

Religiös konservative Einheitsgemeinden mit einer vielfältigen Mitgliederstruktur prägen das Schweizer Judentum bis in die Gegenwart. Die verstärkte Säkularisierung und Individualisierung seit den 60er Jahren führt jedoch zu Polarisierungen und Pluralisierungen im jüdischen Gemeindeleben.

Für zahlreiche Frauen und Männer in den Einheitsgemeinden entsprechen die orthodox geführten Gemeinschaften nicht mehr ihren religiösen und sozialen Bedürfnissen und Vorstellungen. Sie sehen in rituellen Reformen und einer gesellschaftlichen Öffnung die Chance für den Erhalt und die Weitergabe des Judentums.

Die Bildung der Reformgemeinden von Genf und Zürich in den 70er Jahren erfolgte auf Grund von Widerständen in den Einheitsgemeinden, die reformjüdische Richtung als einen gleichberechtigten Teil der Gemeinschaft zu akzeptieren. Der Erfolg der beiden Gemeinden basiert - neben der Gleichstellung der Frau im religiösen Leben - im wesentlichen auf einer Enttabuisierung sensibler Themen wie „Mischehe“ und „Übertritt“.

Alle Gemeinden - von orthodox bis liberal - fordern von ihren Mitgliedern auch ein hohes Mass an finanziellem Engagement. Die dafür erforderliche Identifikation mit den Gemeindeinstitutionen (Rabbinat, Gemeindehaus, Friedhof) ist jedoch schwächer geworden.

¹⁴Michael A. Meyer, Jüdische Identität in der Moderne, Frankfurt am Main 1992.

¹⁵Siehe dazu: Roger Reiss, Fischel und Chaye, Szenen aus dem Zürcher Stetl, Zürich 2005 u. Ralph Weill, Vom Schabbesgoi zur Schaltuhr. Eine jüdische Familiengeschichte über sechs Generationen im Dreiland am Hochrhein, Zürich 2004 und Interview mit Ralph Weill, Basel (17.11.2008).

¹⁶Heinz Roschewski, Auf dem Weg zu einem neuen jüdischen Selbstbewusstsein, Geschichte der Juden in der Schweiz 1945-1994, Basel 1994.
Schweizer Judentum im Wandel

In den letzten Jahren sind deshalb u.a. in Basel mehrere Gruppierungen entstanden, die teilweise unabhängig von den Gemeinden und ihren religiösen Autoritäten Judentum leben wollen, ohne die Verpflichtung einer Gemeindefürsorge leisten zu müssen. Die innerjüdische Missionsbewegung Chabad Lubawitsch kann gesamtschweizerisch ebenfalls von dieser Entwicklung profitieren.

Orthodoxe Betgemeinschaften (Minjanim) führen in Zürich zu einer weiteren Pluralisierung religiösen Lebens aber auch zu einem Bedeutungsverlust der repräsentativen Synagoge der Einheitsgemeinde.

Teile der Schweizer Orthodoxie reagierten auf die „Gefahren“ einer zunehmend offeneren Gesellschaft mit einer verstärkten Distanzierung von der Mehrheitsgesellschaft, u. a. durch die Bildung eines rein jüdischen Schulsystems. Diese Entwicklung erschwert den Zugang zur Berufsbildung, schafft soziale Probleme und polarisiert die Gemeinschaft.

Die Zukunft des europäischen Judentums erschien nach dem Holocaust prekär, so dass zunächst kaum Spielraum für Diskussionen über religiöse Fragen gegeben war. Allenfalls stellte der Zionismus seit den 30er Jahren eine Alternative zur bisherigen Diaspora-Existenz dar.

Bemerkenswerterweise kamen wichtige Impulse in die innerjüdischen Debatten über eine Erneuerung des jüdischen Selbstverständnisses gerade von zugewanderten Juden. Der deutsch-jüdische Flüchtling Hermann Levin Goldschmidt, der aus Karlsruhe stammende St. Galler Rabbiner Lothar Rothschild sowie der in Deutschland ausgebildete Berner Rabbiner Eugen Messinger waren dabei für den Beginn einer religiösen Erneuerungsbewegung Mitte der 50er Jahre verantwortlich. Im Berner Kaufhausbesitzer Victor Loeb hatten die Reformer einen grosszügigen Förderer und Organisator, der 1956 die Bildung der „Vereinigung für Religiös-Liberales Judentum“ (VRLJ) ermöglichte.

Die VRLJ brachte zwischen 1956 und 1960 zunächst in der Deutschschweiz durch Vorträge und einzelne Gottesdienste mit „Reformelementen“, wie einer nicht mehr nach Geschlechtern getrennten Sitzordnung und Familiengottesdiensten, einen Diskurs über die Möglichkeiten einer Anpassung der jüdischen Religionspraxis an veränderte gesellschaftliche Bedürfnisse in Gang.

Die Vertreter der VRLJ strebten zunächst nach Veränderungen innerhalb ihrer angestammten Gemeinden. Sie stiessen jedoch ausserhalb von Bern und St. Gallen, wo die beiden reformorientierten Rabbiner Messinger und Rothschild wirkten, zumeist auf heftigen Widerstand von Seiten des Rabbinats und wurden als Häretiker diffamiert.¹⁷

Neben ehemaligen jüdischen Flüchtlingen, die in der Deutschschweiz das religiöse Leben zu erneuern versuchten, gab eine weitere Gruppe von Migranten dem Judentum der französischsprachigen Schweiz neue Impulse: Jüdinnen und Juden aus dem angelsächsischen Raum bildeten Ende der 50er Jahre aus sprachlichen Gründen, aber auch auf Grund ihrer Erfahrungen mit reformjüdischen Leben in den USA und in Grossbritannien, eine eigene Betgemeinschaft in Genf, die im Laufe der 60er Jahre Kontakte zu französischsprachigen Juden und Jüdinnen knüpfte. Die „English Speaking Group“ löste sich Ende der 60er Jahre auf. Die beiden letzten Rabbiner der Gemeinschaft, François Garaï und Henry Brandt, wurden aber zu den Gründungsrabbinern der jüdischen Reformgemeinden von Genf und Zürich.¹⁸

¹⁷AfZ: Nachlass Hermann Levin Goldschmidt, 8.10. Vereinigung für religiös-liberales Judentum.

¹⁸Brigitte Sion, L'aventure du judaïsme libérale à Genève, Genf 2007 und Interviews mit den Rabbinern Henry Brandt, Augsburg (8.7.2008) und François Garaï, Genf (3.3.2009).
Schweizer Judentum im Wandel

Die beiden grössten Einheitsgemeinden der Schweiz, die Israelitische Cultusgemeinde Zürich (ICZ) und die Communauté Israélite de Genève (CIG) duldeten die reformjüdischen Aktivitäten am Rande ihrer Gemeinschaft, solange das Machtmonopol des orthodoxen Rabbinats nicht angetastet wurde.

Unter der religiösen Führung von Rabbiner Garaï konstituierte sich 1970 eine reformorientierte Gruppe von CIG-Mitgliedern als eigenständige Gemeinschaft, die autonom religionsgesetzlich sensible Fragen wie die Rolle der Frau im Gottesdienst und Aufnahmen ins Judentum gemäss ihren reformjüdischen Richtlinien regeln konnte. Auch die Gründung der Jüdisch Liberalen Gemeinde Or Chadasch (JLG) 1978 in Zürich wurde aus den genannten Gründen unumgänglich: Reformjüdische Kreise versuchten zunächst, Rabbiner Brandt in Zürich als zusätzlichen Rabbiner innerhalb der ICZ zu etablieren. Rabbiner Brandt begann, Religionsunterricht für Kinder und Kurse für übertrittswillige Nichtjuden zu erteilen. Die formelle Integration eines reformjüdischen Flügels mit eigenem Rabbinat wurde von einer Mehrheit der ICZ-Mitglieder an einer Gemeindeversammlung im Januar 1978 abgelehnt. Dieses Verdikt liess den „Liberalen“ nur noch die Wahl, sich als eigenständige Gemeinschaft zu konstituieren, wollten sie ihr religiöses Leben weiter konsolidieren.¹⁹

In Genf und Zürich, den beiden grössten jüdischen Zentren der Schweiz, war das Potenzial für eine reformjüdische Pluralisierung in Form einer etablierten neuen Gemeinde gegeben. Heute umfasst die Communauté Israélite Libérale gegen 2000 und Or Chadasch über 500 Personen.

Für die Region Basel erweist sich auf Grund der deutlich geringeren jüdischen Bevölkerung (ca. 2000, im Vergleich zu ca. 5000 in Genf und ca. 6000 in Zürich) die Bildung einer reformjüdischen Gemeinde als schwieriger. Es formieren sich Gruppierungen, die partielle Bedürfnisse abdecken (Ofek: egalitäre Gottesdienste und jüdische Erwachsenenbildung; Migwan: Familiengottesdienste, Religionsunterricht für Kinder; Od Mashehu: Jewish-Renewal-Betgemeinschaft), die jedoch auf Grund mangelnder finanzieller und personeller Ressourcen keine Gemeinde mit festem Rabbinat und Friedhof bilden.²⁰

Auch am orthodoxen Rand des jüdischen Spektrums sollten die gesellschaftlichen Veränderungen, der Nachkriegszeit ihre Auswirkungen zeitigen. Die zunehmende Säkularisierung und Individualisierung der Gesellschaft wurde als potenzielle Bedrohung durch Verlust an Religionspraxis und durch Mischehen interpretiert. Da die heranwachsende Jugend in öffentlichen Schulen und an den Universitäten diesen Einflüssen besonders ausgesetzt war, musste nach Ansicht orthodoxer Kreise im Bildungswesen angesetzt werden. Mit der Schaffung eines eigenen Bildungssystems wurde bereits in den 40er Jahren begonnen. Führende Rabbiner in Israel, den USA und in Grossbritannien begannen nach 1960 zunehmend vor den Gefahren eines Primats weltlicher Bildung und auch der Koedukation zu warnen.²¹ Schweizer Studenten an jüdisch-orthodoxen Hochschulen (Jeschiwot) brachten diese Doktrin der Abkehr von aller überflüssigen nichtjüdischen Bildung und einer Monopolisierung des religiösen Studiums von ihren Aufenthalten in Grossbritannien und Israel zurück. Unter der Führung ihrer Rabbinare gründeten orthodoxe Gemeinden ein umfassendes eigenes Schulsystem, das nichtjüdische Bildung zwar formell noch gemäss den staatlich geforderten Lehrplänen anbot, jedoch praktisch das Schwergewicht auf das Lernen der religiösen Schriften

¹⁹AfZ: Sammlung Geschichte, Judentum, Zürich.

²⁰Daniel Gerson, Ofek – Migwan – Od Mashehu: Ergänzung, Konkurrenz, in: Ofek (Hrsg.): Den Horizont im Blick – Zehn Jahre Ofek, Basel 2009, S.150-154.

²¹Nurit Stadler, Yeshiva Fundamentalism, Piety, Gender, and Resistance in the Ultra-Orthodox World, New York 2009.

legte.²² Mit einer Trennung von Knaben und Mädchen bereits im Primarschulalter versuchten sie, traditionelle Geschlechterrollen zu konservieren. Es entstand deshalb in den letzten Jahrzehnten ein umfassendes, ultraorthodoxes Bildungssystem, das die beiden Geschlechter mit klaren Rollenzuschreibungen sozialisiert und diese weitgehend von Einflüssen ausserhalb ihres Milieus bewahren will. Diese langjährige Konzentration auf religiöse Bildung gerade bei den Männern erschwert vielfach die Berufstätigkeit und führt zu prekären sozialen Verhältnissen bei charedischen Familien. Diese sind nicht selten von privater und staatlicher Unterstützung abhängig.²³

In Zürich bildeten sich in den letzten Jahrzehnten aber auch mehrere Betgemeinschaften (Minjanim) nahe der Wohnorte zahlreicher praktizierender Juden (Minjan Wollishofen, Minjan Brunau). Diese sollen die traditionellen Gemeinden (ICZ, IRG) nicht ersetzen, sondern orthodoxen Mitgliedern dieser Gemeinden als Ort ihrer täglichen Religionspraxis dienen. Mit „Tiferet Israel“ wurde 2007 der Versuch unternommen, „links“ von der IRG eine neue orthodoxe Gemeinde zu bilden.

Seit den 90er Jahren des 20. Jahrhunderts haben sich in mehreren Schweizer Städten Chabad-Zentren etablieren können. Chabad-Lubawitsch ist als innerjüdische Missionsbewegung zu definieren, die möglichst viele Juden und Jüdinnen zu einer umfassenden Glaubenspraxis bewegen will. Dahinter steht die Vorstellung, dass der Beginn des messianischen Zeitalters durch ein jüdisches Volk, das die Gebote einhält, befördert wird. Ihre vielfältigen Aktivitäten (u.a. Chabad-Zentren mit Synagogen, Kindergärten, Religionsschulen) werden durch in- und ausländische Sponsoren finanziert. Teilnehmer an den Gottesdiensten und an einzelnen Veranstaltungen müssen sich nicht finanziell beteiligen. Gerade durch kostenlose Aktivitäten für Kinder sollen auch säkulare Eltern wieder für ein orthodoxes Judentum gewonnen werden. Mit ihrem niederschweligen Angebot spricht Chabad Jüdinnen und Juden aus verschiedenen Milieus von traditionell bis liberal an. Dem zunächst aufgeschlossenen Umgang mit Menschen unterschiedlichster Herkunft und Lebensweise steht die implizite Forderung nach einer orthodoxen Lebensführung gegenüber. Der Bedeutungsverlust traditioneller Gemeinden wird dieser charismatischen Bewegung, die zunächst wenig eigenes Engagement einfordert, auch in Zukunft Personen zuführen, die religiöse und spirituelle Erfahrungen machen wollen.²⁴

Mischehen und Übertritt zum Judentum

Eine hohe Mischehenquote, in der Schweiz liegt sie heute bei 50%, wird einerseits als Zeichen guter Integration in die Gesellschaft interpretiert. Andererseits gefährdet diese Entwicklung den Fortbestand der jüdischen Gemeinschaft. Frauen leben seit Ende der 80er Jahre gleich oft in gemischten Partnerschaften wie Männer. Wegen der religionsgesetzlich matrilinearen Transmission sind Männer mit nichtjüdischen Partnerinnen jedoch benachteiligt, wenn sie ihr Jüdischsein an die nächste Generation weitergeben wollen. Um den Kindern die religionsgesetzliche Anerkennung zu sichern, wird als pragmatische Lösung deshalb sowohl von den liberalen als auch von den Einheitsgemeinden der Übertritt der Frauen gefördert. Die meisten Übertritte finden im Rahmen von Familienbildungen statt.

²² Interviews u. a. mit Berthold Rothschild und Nussi Rothschild, Zürich (27.10.2009 u. 6.4..2009) ; zur jüngsten Entwicklung siehe: tachles, Das jüdische Wochenmagazin, Nr. 22, 4.6..2010, S. 8f.

²³Der Verband Schweizerischer Jüdischer Fürsorgen (VSJF) bietet seit kurzem berufliche Integrationskurse an, die auch von Frauen und Männern aus charedischen Milieus besucht werden.

²⁴Zu Chabad siehe: Jonathan Sarna, American Judaism, New Haven 2004 und Nurit Stadler, Fundamentalism, in: Nicholas de Lange u. Miri Freud-Kandel (Hrsg.), Modern Judaism. An Oxford Guide, Oxford 2005, S.221f. Schweizer Judentum im Wandel

Dabei ergeben sich Konflikte zwischen der religiösen und der ethnisch-soziokulturellen Dimension des Judentums.²⁵

Die hohe Mischehenrate ist zugleich wesentlich Ursache für die wachsende Bedeutung reformjüdischer Gemeinden und Gruppierungen, in denen nichtjüdische Familienmitglieder sozial integriert werden und auch Übertritte von Kindern nichtjüdischer Mütter möglich sind.

Die kontinuierlich steigende Anzahl der Mischehen und die allgemeinen Säkularisierungs- und Individualisierungstendenzen führen zu einer wachsenden Anzahl von Menschen jüdischer Herkunft, die sich ausserhalb etablierter Institutionen befinden. Diese Entwicklung fördert die Bildung von Gemeinschaften, die meist unabgänglich von den Gemeinden und ihren rabbinischen Autoritäten Judentum leben.

Bis in die frühe Nachkriegszeit ging nur eine Minderheit der Juden und Jüdinnen in der Schweiz eine Ehe mit einem nichtjüdischen Partner ein, wobei die Mischehenrate bei Männern bis in die 70er Jahre deutlich höher war als bei den Frauen. Die steigende Anzahl von Mischehen wurde von den jüdischen Gemeinden seit den 60er Jahren, als die Rate bei den jüdischen Männern sich erstmals der 50%-Schwelle näherte, als „Identitätskrise“ gewertet. Diese Entwicklung, die sich im Wesentlichen kaum von jener der meisten Diaspora-Länder unterschied, hatte erhebliche Auswirkungen auf die Gemeinschaft. Zahlreiche Mitglieder wandten sich von den Gemeinden ab, weil sie für sich und ihre Ehegatten und Kinder keine Zukunft mehr in jüdischen Gemeinden sahen, die auf nichtjüdische Angehörige mit Ausgrenzung reagierten. Ein zuvorkommender Umgang mit Mischehepaaren wurde von den Rabbinern und der Gemeindeführung in aller Regel abgelehnt, da eine integrative Haltung weitere Mitglieder zum selben Schritt animieren könnte. Erst seit kurzem werden von Seiten der Gemeindeführung und auch der Rabbinat zaghafte Versuche unternommen, die Mischehenfamilien, die noch mit der Gemeinde verbunden sind, direkt anzusprechen. Die in den Einheitsgemeinden zumeist hohen Anforderungen für den Übertritt²⁶ nichtjüdischer Ehefrauen (bspw. koscherer Haushalt und Schabbatruhe) lassen diesen Schritt jedoch nur für wenige als akzeptable Lösung erscheinen. Auch die Bereitschaft, Kinder jüdischer Väter in den Religionsunterricht der Gemeinde aufzunehmen, zeitigt nur bedingt Wirkung, da bis anhin die formelle Aufnahme von Kindern jüdischer Väter ins Judentum vor der religiösen Mündigkeit (Bat-Mizwa mit 12 Jahren bei Mädchen und Bar-Mizwa mit 13 Jahren bei Knaben) nur in Ausnahmefällen erfolgte, und eine grundsätzlich, grosszügigere Aufnahmepraxis von den orthodoxen Rabbinern meistens abgelehnt wurde.²⁷

Reformjüdischen Gemeinden bemühen sich um die religiöse Integration der nichtjüdischen Angehörigen. Dies betrifft vor allem Frauen bei der Eheschliessung (etwa 75-90% der erwachsenen Übertrittskandidaten). Da in nichtorthodoxen Gemeinden auch die Kinder nichtjüdischer Mütter vergleichsweise einfach ins Judentum aufgenommen werden, stellen sie für viele Mischehefamilien, in denen die nichtjüdische Partnerin keinen eigenen Übertritt anstrebt, eine attraktive Alternative zu den traditionellen Einheitsgemeinden dar. Allerdings erwarten die reformjüdischen Gemeinden von den einzelnen Mitgliedern ein grosses religiöses und auch finanzielles Engagement, weshalb manche Mischehefamilien ausserhalb etablierter Gemeindestrukturen bleiben.

²⁵ Madeleine Dreyfus untersucht in ihrer Forschung den Entscheidungsprozess „Mischehe“ oder „Übertritt“.

²⁶ Die Anzahl der jährlichen Übertritte in der Schweiz ist nicht genau erfassbar. Insgesamt dürften gegenwärtig pro Jahr maximal ein Dutzend erwachsener Nichtjuden und eine ähnliche Zahl vaterjüdischer Kinder formell ins Judentum aufgenommen werden.

²⁷ Interviews u. a. mit Rabbiner Yoram Nisenholtz, Israelitische Gemeinde Basel (IGB), Basel (13.1.2009), Rabbiner David Polnauer, Bern (20.3.2009) und Guy Rueff, Präsident IGB, Basel (16.6.2009). Schweizer Judentum im Wandel

Die Hinwendung von Mischehenfamilien zu einer christlichen Konfession, die bis in die Nachkriegszeit häufiger erfolgte, erscheint in den letzten Jahrzehnten kaum noch als Option. Für die erfolgreiche Integration in die Gesellschaft ist ein formelles Bekenntnis zu einer christlichen Konfession nicht mehr von Bedeutung. Die zumeist weitgehend säkularisierten Jüdinnen und Juden, die eine Mischehe eingehen, sehen sich nicht mehr dazu veranlasst durch einen eigenen Konfessionswechsel oder durch die Taufe der Kinder einen formellen Bruch mit dem jüdischen Erbe herbeizuführen. Dagegen stellt „Konfessionslosigkeit“ als offizieller Status für Mischehenfamilien eine Option dar. Die Kinder sollen gemäss der Vorstellung ihrer Eltern erst als mündige Menschen selbst entscheiden, ob sie sich einem religiösen Bekenntnis anschliessen wollen.

Zusätzlich bilden sich „freie“ Gemeinschaften, in denen gerade Mischehenfamilien jüdisches Leben für sich und ihre Angehörigen nach ihren Bedürfnissen gestalten können, ohne dass die Frage der religionsgesetzlichen Zugehörigkeit zum Judentum des Einzelnen durch rabbinische Autoritäten anerkannt werden müsste. Solchen Gruppen (Chawurot) gelingt es durch ein grosses persönliches Engagement einzelner Mitglieder jüdische Traditionen zu leben und an ihre Kinder zu vermitteln.²⁸

Möglichkeiten der Religionspraxis jüdischer Frauen

Die jüdische Religionspraxis, wie sie sich zu Beginn des 21. Jahrhunderts in den traditionellen Schweizer Einheitsgemeinden für die Frau präsentiert, ist nicht so vielfältig, wie sie aufgrund der Halacha (Religionsgesetz) sein könnte. Das zeigt sich zum Beispiel bei der Gestaltung der Bat-Mizwa-Feiern anlässlich der religiösen Mündigkeit von Frauen mit 12 Jahren. Eine Bat-Mizwa-Feier als Pendant zur Bar-Mizwa-Feier könnte sich wie beim Jungen auf Mizwot, auf Gebote, die das Mädchen als religiös Mündige künftig erfüllen muss, oder auf Teile der Religionspraxis, die es neu wahrnehmen oder mitgestalten kann, konzentrieren. Solche Möglichkeiten gibt es halachisch (Beispiele: Sprechen des Kidduschsegens im Anschluss an den Gottesdienst; Schabbatkerzen anzünden in der Synagoge; Gottesdienst im Rahmen eines Frauenminjans), sie werden aber in den drei untersuchten Einheitsgemeinden in Zürich, Basel und Bern (ICZ, IGB, JGB) kaum genutzt. Frauenminjanim und egalitäre Minjanim (Betgemeinschaften) werden inzwischen jedoch in manchen Einheitsgemeinschaften toleriert. In den beiden liberalen jüdischen Gemeinden und in kleineren pluralistischen Betgemeinschaften ist die Gleichstellung von Mann und Frau im religiösen Leben weitgehend eingelöst. Ausserhalb der religiösen Sphäre können Frauen auch auf Grund schwindenden Interesses der Männer vermehrt Verantwortung in den Gemeinden übernehmen.

Bis ins 19. Jahrhundert waren jüdische Frauen nicht aktiv am Gemeindegottesdienst beteiligt. Sie zählten nicht für das für einen Gottesdienst erforderliche Quorum von 10 Personen. Auch war ihre Anwesenheit in einer Synagoge oder einer Betstube wenig verbreitet. Bis ins 18. Jahrhundert gab es in den Synagogen für die Frauen häufig einen abgesonderten Raum, der nur durch eine Öffnung mit dem Bereich der Männer verbunden war. Die bürgerliche Akkulturation im 19. Jahrhundert brachte insofern eine Neuerung, als die Frauen in den neuen repräsentativen Synagogen zumeist von einer Empore aus den Gottesdienst unmittelbar verfolgen konnten.

Diese räumliche Trennung von Männern und Frauen wurde von der Reformbewegung schon früh in Frage gestellt und in ihren Synagogen kam es bereits in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zu

²⁸ Interviews mit Pierre Loeb, Chawura, Basel (25.8.2008), Gabrielle Girau Pick, Od Mashehu, Basel (26.11.2008) und Benjamim Rosenbaum, Migwan (26.4.2009).
Schweizer Judentum im Wandel

Gottesdiensten, wo Männer und Frauen nebeneinander sassen. Eine Gleichberechtigung der Frau im Gottesdienst wurde jedoch nur schrittweise ermöglicht.

Entscheidende Impulse für eine Gleichberechtigung der jüdischen Frauen im rituellen Bereich kamen in der Nachkriegszeit primär aus reformjüdischen Strömungen des amerikanischen Judentums.²⁹

Deutlichstes Zeichen der religiösen Gleichberechtigung ist die Ordination zur Rabbinerin. Eine solche fand erstmals 1972 in der Reformbewegung in den USA statt. 1985 folgte auch das „conservative“ Judentum mit der Zulassung von Frauen zur Ordination.³⁰

Die Bat-Mizwa-Feiern zur religiösen Volljährigkeit jüdischer Mädchen mit 12 Jahren sind nur in liberalen Gemeinden und Gruppen mit Feiern zur religiösen Mündigkeit der Knaben im Alter von 13 Jahren (Bar-Mizwa) vergleichbar. In orthodoxen Gemeinden hingegen stehen bei den Mädchen nicht wie bei den Jungen die neuen religiösen Verpflichtungen im Mittelpunkt der Feier.

Die Orthodoxie kennt bis heute keine Anerkennung von Frauen als Rabbinerinnen, auch wenn in jüngster Vergangenheit vereinzelt Frauen rabbinatsähnliche Funktionen in Gemeinden übernehmen und orthodoxe Frauen gerade in Israel und in den USA die Möglichkeiten der weiblichen Religionspraxis in den letzten Jahren graduell erweitern konnten.

Im Rahmen der in den 70er Jahren des 20. Jahrhunderts gegründeten Reformgemeinden von Genf und Zürich wurde die religiöse Gleichberechtigung der Frau von Anfang an verwirklicht. In den grösseren Einheitsgemeinden der Deutschschweiz kam es in den späten 90er Jahren zur Bildung egalitärer Minjanim, die jedoch vom Rabbinat zunächst abgelehnt wurden. In der ICZ konnte sich die egalitäre Betgemeinschaft „Chug Schabat Acheret“ jedoch soweit etablieren, dass sie seit 2009 von der Gemeindeführung als Teil der Gemeinde anerkannt und finanziell unterstützt wird. In Basel dagegen muss das egalitäre Minjan von Ofek weiterhin ausserhalb der eigentlichen Gemeinderäumlichkeiten tagen und erhält dafür keine direkte finanzielle Unterstützung. In der Jüdischen Gemeinde Bern findet gelegentlich ein Frauenminjan statt.

Die Ausgrenzung der Frau bei der öffentlichen Religionsausübung basiert jedoch häufig nicht auf halachischen Bestimmungen, sondern auf Tradition und Konvention.³¹ Sie wird aber nur selten in Frage gestellt, weil in Einheitsgemeinden Frauen und Männer nur ausnahmsweise über ausreichend religiöse Bildung verfügen, um eine Diskussion über diese religionsrechtlichen Themen führen zu können. Auch wenn einzelne Frauen sich stark für eine religiöse Gleichstellung engagieren, bleibt dieses Anliegen insgesamt marginal. In keiner etablierten Gemeinde der Schweiz konnte bis jetzt eine Rabbinerin kontinuierlich wirken. Doch leitete die „conservative“ Schweizer Rabbinerin Bea Wyler von Januar bis Juni 2005 die monatlichen Schabbatgottesdienste und seit 2007 die Jom-Kippur-Gottesdienste von Ofek. Die Basler Reformgemeinschaft Migwan hatte 2008 und 2009 eine Gastrabbinerin aus Grossbritannien engagiert und nimmt heute die Dienste von Rabbinerin Wyler in Anspruch.³²

Bei säkularen Gemeindeämtern lässt sich feststellen, dass seit den 80er Jahren vermehrt Frauen in diese Gremien gewählt werden. Dies kann zum einen als Gleichberechtigung interpretiert werden.

²⁹ Michael Meyer, Antwort auf die Moderne, Geschichte der Reformbewegung im Judentum, Wien 2000.

³⁰ Die Ordination von Regina Jonas in Berlin, 1935, blieb lange ein Präzedenzfall.

³¹ Valérie Rhein konnte in ihrer Forschung die Dominanz sozialer Konventionen gegenüber religionsgesetzlichen Möglichkeiten für Frauen belegen.

³² Interview mit Rabbinerin Bea Wyler, Wettingen (14. 4. 2008) und www.migwan.ch. Schweizer Judentum im Wandel

Zum andern jedoch lässt sich diese „Feminisierung“ aber auch auf einen Bedeutungsschwund dieser „Ehrenämter“ zurückführen. Es wird - wie in vielen sozialen Bereichen - schwieriger, Männer zu finden, die sich ehrenamtlich in grösserem Ausmass für die Gemeinschaft einzusetzen bereit sind. Stellte zum Beispiel das Präsidium einer Gemeinde bis vor wenigen Jahren noch ein prestigeträchtiges Amt dar, haben mit dem Bedeutungsverlust der Religionsgemeinschaft und ihrer Institutionen auch diese Funktionen an gesellschaftlichem Ansehen verloren.

Homosexualität und jüdische Gemeinschaft

Homosexualität bleibt im öffentlichen jüdischen Diskurs der Schweiz weitgehend tabuisiert. Die liberalen Gemeinden zeigen sich prinzipiell offen gegenüber Anliegen von Schwulen und Lesben (Segnung/Hochzeit gleichgeschlechtlicher Paare). Die Nachfrage nach spezifisch lesbisch-schwulen Zeremonien und gesellschaftlichen Aktivitäten innerhalb der liberalen Gemeinschaften ist jedoch bis anhin inexistent.

Bis in die 60er Jahre des 20. Jahrhunderts wurde Homosexualität innerhalb der jüdischen Gemeinschaft kaum thematisiert. Zum ersten Mal traten Juden und Jüdinnen als Schwule bzw. Lesben in einem jüdischen Kontext mit ihren spezifischen Anliegen im Gefolge der 68er-Bewegung in den USA auf. Diese Frauen und Männer forderten explizit eine Teilhabe am religiös-spirituellen Erbe des Judentums als jüdische Lesben und Schwule.³³

Ausserhalb der Orthodoxie wurden diese Bedürfnisse seit den 70er Jahren anerkannt. Die World Union for Progressive Judaism (WUPJ), der weltweit grösste Dachverband jüdischer Gemeinden, sprach sich in den 80er Jahren für den Einbezug von Schwulen und Lesben ins Gemeindeleben und gegen jegliche Form der Diskriminierung aus. Heute sind innerhalb der WUPJ religiöse Eheschliessungen gleichgeschlechtlicher jüdischer Paare möglich, und offen schwule und lesbische Rabbiner sind zugelassen. Das „conservative“ Judentum folgte weitgehend dieser Entwicklung.³⁴

Da sich zahlreiche jüdische Lesben und Schwule in den bestehenden und stark familienzentrierten Gemeinden häufig zu wenig akzeptiert fühlten, bildeten sie in den jüdischen Zentren der USA eigene Betgemeinschaften. In Europa konnten sich nur in London und Paris jüdische Gemeinschaften für Schwule und Lesben bilden. In der Schweiz existierte zwischen 1996 und 2006 eine informelle Gruppe jüdischer Lesben und Schwulen unter der Bezeichnung „Alize“. Spezifische Gottesdienste für Lesben und Schwule kamen jedoch nicht zustande. An die Öffentlichkeit trat die Gruppierung einzig am Christopher Street Day in Zürich, wo sie klar als jüdisch identifizierbare Einheit im Umzug erkennbar war. Die geringe Grösse der Religionsgemeinschaft, ihre regionale und sprachlich Zersplitterung sowie die fehlende Diskretion in der sehr überschaubaren schweizerisch-jüdischen Welt dürften wesentlich mitverantwortlich sein, dass kollektiven schwul-lesbischen Aktivitäten bis anhin kein dauerhafter Erfolg beschieden war.³⁵

Die liberalen Gemeinden der Schweiz (Genf und Zürich) erklären sich gegenüber den Anliegen von Schwulen und Lesben offen. Doch spielt das Thema in ihrem Gemeindeleben bisher kaum eine Rolle.

³³ Siehe dazu: David Shneer u. Caryn Aviv, *Queer Jews*, New York 2002 und Randal F. Schnoor, *Being Gay and Jewish: Negotiating Intersecting Identities*, in: *Sociology of Religion*, 2006, 67, S. 43-60.

³⁴ <http://www.nytimes.com/2006/12/07/us/07jews.html>

³⁵ Informationen entnommen aus dem Privatarchiv von Simon Gil Schneider, ehem. Präsident von Alize. Schweizer Judentum im Wandel

Der Wunsch nach einer gleichgeschlechtlichen religiösen Trauung, der sich in den letzten Jahren auch in europäischen Gemeinden manifestierte, ist bis anhin noch nicht geäußert worden.³⁶

Religiöse Bildung und Jugendarbeit

Die Mehrheit jüdischer Jugendlicher erhält Religionsunterricht. Jedoch nur rund ein Drittel besucht eine jüdische Schule.

Die jüdisch-religiöse Bildung ist ausser in orthodoxen Milieus meist auf die Zeit bis zur Bar-/Bat-Mizwa (12/13 Jahre) beschränkt.

Jugendbünde vermitteln jüdischen Teenagern ein Gemeinschaftsgefühl. Der links-zionistische Hashomer Hazair bietet einen jüdischen Rahmen für säkulare Jugendliche.

Gegenwärtig ist der Anteil jüdischer Kinder in der Schweiz, die in irgendeiner Form Religionsunterricht erhalten, vergleichsweise hoch (über 70%; vgl. in den USA circa 25%). Je nach religiöser Ausrichtung der Familien unterscheidet sich jedoch der Unterricht quantitativ und qualitativ erheblich.

In der jüdischen Bildungslandschaft für Jugendliche gibt es im Wesentlichen drei Modelle:

1. Religionsunterricht ausserhalb des Schulunterrichts in den Einheitsgemeinden, den liberalen Gemeinden sowie den reformjüdischen Gemeinschaften.
2. Religionsunterricht als Teil des Curriculums in jüdischen Primarschulen der Einheitsgemeinden.
3. Religionsunterricht als zentraler Aspekt des jüdischen Schulsystems in den charedischen Gemeinden.

Zu 1.: Religionsunterricht für Knaben und Mädchen wird von fast allen Gemeinden angeboten. Die Kinder werden ab etwa 7 Jahren bis zur Bat-Mizwa bzw. Bar-Mizwa mit den Grundlagen des Judentums (Festtage, Religionsgesetze) vertraut gemacht. Die wichtigsten Gebete können auf Hebräisch rezitiert werden. Im Vorfeld von Bat-Mizwa und Bar-Mizwa werden die Kinder spezifisch auf den jeweiligen Wochenabschnitt der Thora, der an ihrem Schabbatgottesdienst gelesen wird, vorbereitet.

Zu 2.: Die jüdischen Primarschulen im Umfeld der grösseren Einheitsgemeinden (Basel, Genf, Lausanne, Zürich) bieten in ihrem Curriculum neben Religionsunterricht auch Hebräischunterricht an. „Jüdische Aspekte“ werden im Unterricht insgesamt betont. Die Schule „Noam“ in Zürich, die „Ecole Max und Jenny Marx“ in Lausanne sowie der „Beit Girsas“-Schule in Genf, erfassen einen grösseren Anteil der jüdischen Jugend (ca. 20% bis 30%), während die Basler Schule „Leo-Adler“ nur noch wenige Schüler umfasst.³⁷ Diese Schulen sind koedukativ und beiden Geschlechtern wird derselbe Lehrstoff vermittelt. Einen Sonderfall stellt die „jüdische Orientierungsstufe“ in Basel dar, wo den jüdischen Jugendlichen im Rahmen einer Staatsschule Religionsunterricht angeboten wird.

Zu 3.: Das jüdische Bildungssystem der ultraorthodoxen Gemeinden in Zürich (Israelitische Religionsgesellschaft und Agudas Achim) ist stark auf die jüdische Bildung fixiert.

Der weltliche Unterricht wird gemäss allgemeinem Lehrplan vermittelt, doch steht die systematische Vermittlung jüdischer Bildungsinhalte nach Geschlechtern getrennt im Vordergrund. Auch nach der

³⁶ Interview mit Rabbiner Ruben Bar-Ephraim, JLG, Zürich (25. 3. 2009).

³⁷ Die Basler Gemeinde ist von einem starken Mitgliederschwund betroffen. Seit 2008 können auch Kinder nichtjüdischer Mütter die jüdische Primarschule in Basel besuchen. Von dieser Möglichkeit wurde jedoch bis anhin kein Gebrauch gemacht.

Schweizer Judentum im Wandel

NFP 58: „Religionsgemeinschaften, Staat und Gesellschaft“

Bar- bzw. Bat-Mizwa werden Jungen und Mädchen in religiösen Fächern unterrichtet. Mit Ende der obligatorischen Schulzeit sind für Knaben Jeschiwah-Aufenthalte in Grossbritannien oder Israel vorgesehen und für Mädchen der Besuch von religiösen Mädcheninternaten, die sie auf ihre Rolle als Hausfrau und Mutter vorbereiten.³⁸

Ausserhalb der charedischen Milieus vermitteln verschiedene Jugendbünde, wie der explizit religiöse Bne Akiwa (Basel und Zürich) sowie die Jugendorganisationen der Einheitsgemeinden (Emuna in Basel, Dubin in Bern und Hagoschrim in Zürich), den Jugendlichen zwischen ca. 10 und 18 Jahren religiöse und säkulare jüdische Bildung. Dem links-zionistischen Hashomer Hazair in Zürich kommt eine wichtige Rolle zu bei der Vermittlung eines säkularen, ethisch-kulturellen Judentums.³⁹

Die Schweizer Auswanderung (Alija) nach Israel

Die Alija erfolgt meistens in erster Linie aus zionistischen Motiven. Diese sind oft verbunden mit dem Wunsch nach einer selbst bestimmten Veränderung im Leben bei Abschluss der obligatorischen Schulzeit oder der Erstausbildung.

Persönliche antisemitische Erfahrungen spielen bei der Entscheidung zur Alija keine oder nur eine untergeordnete Rolle. Enge Verbindungen zur Schweiz bleiben bestehen. Eine Rückkehr wird kaum erwogen.

Das religiöse Leben erfährt durch die Alija vielfach Veränderungen. Auch wenn in Israel Judentum grundsätzlich einfacher gelebt werden kann, verringert sich für manche Frauen und Männer die Religionspraxis auf Grund des Wegfalls des gewohnten familiären Kontexts in der Schweiz.

Durch die Alija geht dem Schweizer Judentum ein Teil ihrer Mitgliedersubstanz verloren.

2010 leben über 14'000 Menschen mit Schweizer Staatsangehörigkeit in Israel. Diese Zahl umfasst nicht nur jüdische Schweizer, sondern auch nichtjüdische Männer und Frauen, die mit (jüdischen und nichtjüdischen) Israelis oder Palästinensern verheiratet sind.

In den gut 60 Jahren seit der Staatsgründung 1948 haben mehr als 5000 jüdische Schweizer Bürger ihr Land verlassen und sich definitiv in Israel niedergelassen.

Direkt antisemitische Erfahrungen oder eine grundsätzliche Ablehnung der Schweiz als Motivation für die Alija sind nicht feststellbar, allenfalls ein Gefühl, als Jude oder Jüdin nie ganz zur Schweizer Gesellschaft dazuzugehören. Neben einer säkular-, aber auch religiös-zionistischen Motivation spielt gerade auch bei jüngeren Erwachsenen die Vorstellung eine Rolle, sich in einer neuen Umgebung „verwirklichen“ zu können.

Die Auswirkungen auf die Religionspraxis der Auswanderer sind vielfältig: Während manche ausserhalb des schweizerisch-jüdischen Familienkontexts in Israel religiöse Gebote und Festtage weniger beachten, kommt es in anderen Fällen zu einer Intensivierung der religiösen Praxis. Im Kontext der Auseinandersetzung innerhalb der israelischen Gesellschaft um den Charakter des jüdischen Staates als grundsätzlich säkulares Gemeinwesen oder als vom Religionsgesetz bestimmte Gemeinschaft wird die persönliche Haltung gegenüber der Religion im Gegensatz zur Schweiz leicht zu einem politischen Statement.⁴⁰

³⁸ Leonardo Leupin führte im Rahmen seiner empirischen Sozialforschung Interviews mit den Leitern jüdischer Schulen und den Verantwortlichen für den Religionsunterricht.

³⁹ Interview mit Lior Oved und Betz Segev, Führung Hashomer Hazair, Zürich (12. 6.2008.)

⁴⁰ Sabina Bossert interviewte im Rahmen einer empirischen Sozialforschung in Israel Schweizer Auswanderer. Schweizer Judentum im Wandel

Auch wenn für die 70er und 90er Jahre eine verstärkte Auswanderungswelle feststellbar ist, werden bis in die jüngste Vergangenheit rund 100 Auswanderungen jährlich registriert. Die Motivation zur Auswanderung ist häufig mit einem Engagement in zionistischen Jugendbünden verbunden. Meistens erfolgt die Auswanderung nach der Matura oder auch nach einer ersten Berufsausbildung im Alter von circa 20 Jahren. Die Alija bedeutet einen kontinuierlichen Aderlass für die jüdische Gemeinschaft.

Berlin und Stockholm: Neue Modelle der Einheitsgemeinden in Europa⁴¹

Fehlt in der Geschichte einer Gemeinde ein orthodoxes Machtmonopol im Rabbinat, so fällt es ihr leichter, sich reformorientierten Gruppierungen zu öffnen. Eine klare Trennung von politischer und religiöser Macht ermöglicht Pluralisierungen unter einem institutionellen Dach. Die öffentlich-rechtliche Anerkennung und säkulare Institutionen wie ein Gemeindeparlament stärken Demokratie und Toleranz.

Sowohl in Berlin (ca. 10'000 Gemeindemitglieder) als auch in Stockholm (ca. 5'000 Gemeindemitglieder) konnte in den letzten Jahren ein Gemeindemodell umgesetzt werden, in dem unterschiedliche religiöse Strömungen unter einem institutionellen Dach zusammenfinden.

Dies bedeutet, dass die Gemeinde den verschiedenen Betgemeinschaften finanzielle Unterstützung zukommen lässt, ihnen aber in ihrem religiösen Leben weitgehende Autonomie zugesteht.

In Berlin existieren deshalb neben orthodoxen Synagogen auch eine „conservative“ geprägte egalitäre Betgemeinschaft unter einer weiblichen rabbinischen Leitung und eine reformjüdische Gruppe.

In Stockholm dominiert die „conservative“ Hauptsynagoge die Gemeinde. Sie hat seit kurzem einen egalitären Gottesdienst. Daneben existieren zwei orthodoxe Minjanim und eine reformjüdische Gruppe. Die Stockholmer Gemeinde gibt ihrem Willen ein neutrales politisches Dach für alle Jüdinnen und Juden zu sein dadurch Ausdruck, dass sie auch Kinder nichtjüdischer Mütter als Gemeindemitglieder akzeptiert, wenn diese von ihren jüdischen Vätern nach der Geburt bei der Gemeinde angemeldet werden. Ob diese Kinder dann als Juden in den einzelnen Betgemeinschaften der Gemeinde anerkannt werden, ist den jeweiligen Rabbinern überlassen. Das Rabbinat der „conservativen“ Hauptsynagoge ermöglicht durch einen formellen Übertritt eine religiöse Integration der vaterjüdischen Kinder in die Gemeinschaft.

Im Unterschied zum Schweizer Modell der Einheitsgemeinde verfügen orthodoxe Rabbiner nicht über ein Machtmonopol, sondern stehen in einer gleichberechtigten „Konkurrenzsituation“ mit den übrigen religiösen Strömungen im Judentum. Die faktisch bereits gegebene Vielfalt des Judentums wird innerhalb einer Gemeinde damit auch institutionell anerkannt. Rabbiner können sich weiterhin weigern, Gemeindemitglieder als Teilnehmer ihrer Gottesdienste zu anerkennen. Der Einzelne ist dadurch jedoch nicht von der Mitgliedschaft in der Gemeinde ausgeschlossen.

Für alle Bereiche, die sich ausserhalb der religiösen Sphäre einer Betgemeinschaft befinden, steht den Gemeindemitgliedern die gleiche Infrastruktur (Gemeindehaus, Friedhof) zur Verfügung.

Sowohl die Gemeinde in Berlin als auch diejenige in Stockholm verfügen über ein Gemeindeparlament, das die Ausrichtung der Gemeinde wesentlich mitbestimmen kann. Die Stockholmer Gemeindepräsidentin verfügt zudem über eine Lizenz als Standesbeamtin. Dies

⁴¹ Informationen basierend auf Gesprächen mit Repräsentanten der jüdischen Gemeinden von Berlin und Stockholm, die 2008 und 2009 aufgezeichnet wurden.
Schweizer Judentum im Wandel

ermöglicht ihr die zivilrechtliche Trauung von Mischehen und gleichgeschlechtlichen Paaren jüdischer Herkunft im Kontext der Gemeinde.

Die von Vertretern der Schweizer Einheitsgemeinden geäußerte Befürchtung, dass eine pluralistische Gemeinde im internationalen jüdischen Kontext ihre religionsgesetzliche (halachische) Glaubwürdigkeit verlieren würde und die orthodoxen Rabbiner in solchen Gemeinden vom israelischen Oberrabbinat ihrer Anerkennung verlustig gingen, ist in Berlin oder Stockholm nicht von Belang. Doch kannten sowohl die jüdischen Gemeinde von Berlin als auch diejenige von Stockholm in ihrer Geschichte keine ungebrochene Tradition orthodoxer Rabbinate wie die meisten Schweizer Einheitsgemeinden, in denen diese ihre religiöse Ausrichtung über Generationen hinweg etablieren konnten. In der Israelitischen Cultusgemeinde Zürich und in der Israelitischen Gemeinde Basel werden gegenwärtig pluralistische Modelle wie in Stockholm geprüft.⁴²

Zukunftsperspektiven

Das Schweizer Judentum befindet sich in einer Phase der Umstrukturierung. Das bis anhin dominante Modell von Einheitsgemeinden mit orthodoxem Rabinat und pluralistischer „Basis“ wird durch den Austritt von nicht-orthodoxen Mitgliedern, die sich nicht mehr mit den Gemeindeinstitutionen identifizieren können, an Bedeutung verlieren. Der Fortbestand zahlreicher kleinerer und mittlerer Gemeinden ist ungewiss.

Das organisierte jüdische Leben wird sich im Wesentlichen auf Genf und Zürich konzentrieren, wo sich eine Vielfalt jüdischer Gemeinschaften entwickeln konnte. Die dort seit den 70er Jahren etablierten reformjüdischen Gemeinden werden dank der Integration von Mischehenfamilien und von Zuwanderern aus dem Ausland zunehmend wichtiger.

Ohne Integration der gesamtgesellschaftlich sehr gut vernetzten Reformgemeinden wird es für den SIG künftig schwieriger, seine Rolle als repräsentativer Vertreter des Schweizer Judentums gegenüber Behörden und Öffentlichkeit wahrzunehmen.

Ver mehrt werden sich informelle, kleinere Gemeinschaften bilden, in denen Familien ohne Rücksicht auf rabbinische Autoritäten, aber meistens auch ohne die Bildung von dauerhaften Institutionen, wie Gemeindehaus und Friedhof, jüdische Religionspraxis an die kommenden Generationen vermitteln.

Die ultraorthodoxen Gemeinden von Zürich (Agudas Achim, IRG) werden dank hoher Kinderzahl und strikter Endogamie als Gemeinschaft mit einer umfassenden Infrastruktur weiter bestehen. Ihre Beziehungen sowohl zur jüdischen Welt ausserhalb ihres Milieus als auch zur Mehrheitsgesellschaft werden distanziert und punktuell konfliktuell (Anerkennung reformjüdischer Gemeinden, Bildungswesen) bleiben.

Dank der institutionellen Pluralisierung wird weiterhin eine Mehrheit der Jüdinnen und Juden in der Schweiz kollektive Formen für ein ihnen gemässes Judentum finden. Auf Grund des Rückgangs von persönlichem und finanziellem Engagement für die Gemeinden verringert sich jedoch deren Handlungsspielraum.

Die Bildung von Gemeinden, die verschiedene Strömungen des Judentums gleichberechtigt unter einem institutionellen Dach vereinigen (siehe Berlin und Stockholm) dürfte in der Schweiz aufgrund der fest etablierten institutionellen Pluralisierung scheitern.

Die verstärkte Auseinandersetzung im Schweizer Judentum mit Entwicklungen in der Diaspora ist Ausdruck eines nach dem Holocaust wieder erstarkten europäisch-jüdischen Selbstbewusstseins. Auch deshalb ist trotz einer ungünstigen demographischen Entwicklung weiterhin ein pluralistisches, religiöses Leben in der Schweiz möglich.

⁴² „Neue Wege der Einheitsgemeinde“ internes Positionspapier der ICZ, 22.9.2008; zur jüngsten Entwicklung siehe: tachles, Das jüdische Wochenmagazin, Nr. 18, 7.5..2010, S. 8.
Schweizer Judentum im Wandel